Überwindung der Parteienherrschaft
- eine Voraussetzung der Entwicklung der Demokratie in Freiheit und Frieden

von
Tristan Abromeit

Text 177.0
www.tristan-abromeit.de

Text 177.12

Die Grenzen des Staates
und
die Wahl der Gesellschaftsordnung

Anhang zum Text 177.12

Text 177.12.3

Meine Mitgliedschaft in der F.D.P.

Ein- und Austritt / Briefe / selbstgebastelte Werbung
Post für Fraktion / Vorlage für Landesfachausschuss / FDP bezogene Links

Tristan Abromeit
2850 Bremerhaven 1
Schiffdorfer Ch. 70

23. 4. 69

Freie Demokratische Partei
-Geschäftsstelle Bremerhaven-

2850 B r e m e r h a v e n

Hafenstraße 28

Aufnahmeantrag

Ich sende Ihnen hiermit meinen Aufnahmeantrag für die FDP vom 21.4.69. Wenn Sie mir die Mitgliedschaft bestätigen, bitte ich darum, mir die Satzung der FDP mitzuschicken.

Mit freundlichem Gruß

Abromeit

Anlage

Tristan
Abromeit 2850
Bremerhaven 1
Schiffdorfer Chaussee 70

21. 4. 6

Herrn
Prof. Ralf Dahrendorf
Beisitzer im BV der FDP
7750 Konstanz Im Torkel lo

Sehr geehrter Herr Prof. Dahrendorf,

in einem Pernseh-Interview am vorigen Donnterstag wandten Sie sich gegen die Abwandlung des Begriffes "liberal" in links- und nationalliberal. Auch andere führende Politiker wollen *nichts* von der Spaltung des Begriffes wissen.

Aus einer bestimmten Sicht kann ich diese Haltung unterstützen, weil ich den konsequenten Liberalen für einen Sozialisten (nicht für einen Kommunisten) halte der niemals Nationalist (wohl aber partieller Gruppenegoist) sein kann. Schon die Begriffe sozial und liberal haben z.Teill. gemeinsame Definitionsmerkmale. Ich will meinen Gedankengang hier nicht weiter ausführen.

Wenn in der politischen Diskussion die Vokabel "links-" und "rechtsliberal" verwendet werden, dann doch um einen Vorgang in der FDP zu bezeichnen. Auch die FDP-Werbung geht doch davon aus, daß in und mit der F.D.P. neue Elemente der Politik wirksam werden sollen. Von daher gesehen, sollte die FDP-Führung sich nicht dagegen stemmen, wenn der FDP ein Trend von rechts- nach linkslibera1 bescheinigt wird. Sachlich richtiger wäre natürlich, wenn gesagt würde, daß sich die FDP von einer konservativen Partei mit einigen liberalen Mitgliedern zu einer Liberalen Partei mit wenigen konservativen Mitgliedern wandelt.

Wird der Wandel der FDP überhaupt abgestritten - was auch vorkommt -, dann stellt sich die FDP ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Die Behauptung,die FDP sei eine opportunistische Partei,wird dann von der FDP selbst bewiesen. Mit links und liberal macht man heute eben das bessere Geschäft, national hebt man besser für später auf.

Von den führenden FDP-Politikern hört man in diesen Tagen immer wieder, daß die FDP sich für jede Koalition offen hält, es käme auf die Durchführung eines gemeinsamen Sachprogramms an.

Ich habe den Verdacht, daß dabei mehr an die höheren Ministerdiäten gedacht wird, denn Sachprogramme lassen sich - soweit man sie befürwortet - auch aus dem Parlament heraus unterstützen.

Mit dieser Offenheit für jede Koalition ist keine klare Wählerentscheidung mölich. Der umworbene neue FDP-Wähler will doch, daß die CDU aus der Regierung verdrängt wird, oder daß die SPD einen Denkzettel verpaßt bekommt, der aber nicht der CDU nützt.

Wenn die Proteststimmen nicht der NPD und der .ADF zugute kommen sollen, dann sollte die FDP ihren Kanditaten empfehlen, keine Regierung mit der CDU und / oder der NPD zu bilden.

Mir verschafft es schon jetzt Unbehagen, daß ich über meine (beantragte) FDP-Mitgliedschaft Partner der CDU oder der NPD werde.

Mit freundliche Gruß

Tristan Abromeit

Durchschrift an Humanistische Union / FDP-Kandidat, Georg Müller von Groeling

Universität Konstanz
Fachbereich Soziologie
Professor Dr. Ralf Dahrendorf Ph. D.

775 Konstanz, den 2.5.1969
Auf der Insel 1 (Insel-Hotel)
Postfach 733
Ruf ~~2788~~ App. 630 51/344

Herrn
Tristan Abromeit
285o Bremerhaven 1
Schiffdorfer Chaussee 7o

Sehr geehrter Herr Abromeit,

die Behauptung, wir seien für jede Koalition offen, werden Sie von F.D.P.-Politikern sehr viel seltener hören als die andere und nach meiner Meinung wichtigere, dass wir eine eigene Position vertreten und versuchen werden, diese eigene Position durchzusetzen. Sie wird bisher in der deutschen Politik nicht oder nicht hinlänglich vertreten und hat darin ihre tiefere Notwendigkeit, dass unter Umständen nach Lage der Dinge Koalitionserfordernisse aus einer solchen Position hervorgehen, ist richtig, aber nicht vordringlich. Zunächst kommt es darauf an, dass wir unsere Stellung klarmachen und an ihr festhalten. So gesehen nehmen vielleicht die von Ihnen mit Recht beanstandeten Äusserungen eine etwas anderes Gesicht an.

Im übrigen bin ich sicher, dass Ihre eigene Entscheidung nicht zu dem von Ihnen befürchteten Weg zur NPD führen wird.

Mit freundlichen Grüssen bin ich Ihr

Ralf Dahrendorf
(Prof. Dr. Ralf Dahrendorf Ph.D.)

_KONSUL DR. ... 3 HANNOVER, den 5.1.75.

….

Sehr geehrter Herr Abromeit!
In den Feiertagen habe ich mir eimal die Mühe gemacht, Ihre Schriften zur Auseinandersetzung mit der F.D.P zu lesen. Man muss schon sagen: es ist eine Mühe, und ich glaube, dass Sie zu viel von den Menschen erwarten, wenn sie a.) das alles lesen , und b) dann auch noch eine Stellung dazu nehmen sollen. Hochachtung vor Ihrem Fleiss und Ihrem Gedankenreichtum. Aber wo ist der Sachverstand, der das alles beurteilen kann? Die Zahl der Themen, die Sie anschneiden ist so gross, dass man Tage brauchen würde, um das alles kritisch zu lesen und zu verdauen. Ist es nicht so, wie bei einem Menschen, der wie alle zur Schule gegangen ist, nun auch über alle Schulprobleme sachverständig etwas sagen kann?
Ich bin aber mit Ihnen der Meinung, dass es etwas besser mit der Kommunikation in der FDP werden könnte, man erfährt als gewöhnlicher PG fast nichts von der Politik der FD,P. Aber auch da, glaube ich, sind die Parteifreunde, die das eigentlich machen müssten, einfach überfordert. Politik wird nebenbei gemacht und nicht hauptberuflich. Man kann ja sowieso nicht alles Papier lesen, das die Partei auspuckt. Und dann noch auswählen, um zu entscheiden, was alle Interessiert? Dazu brauchte man ein eigenes Büro.
Ich habe jetzt in einem neuen Buch von Dr. Broichhausen, Redakteur der FAZ, gelesen, dass man in der wirtschaftssachverständigen Öffentlichkeit mir gewissermaßen zum Vorwurf macht - post festum - dass ich mich mit Politik und Landtag in den entscheidenden Jahren zu viel beschäftigt und zu wenig um meine Fa. ... gekümmert habe , so dass die Fa. jetzt nach meinem Ausscheiden in eine tiefe Talsohle gekommen ist. Wenn so etwas schon bei einem Mann gesagt wird, der sich wirklich viel Zeit für die Politik nehmen konnte, wie soll das dann erst aussehen, bei Leuten, die nicht so unabhängig sind und weniger Zeit
haben? Ich glaube, Sie sehen die Dinge zu sehr aus Ihrer eigenen Sicht und nicht unter allgemeinen Gesichtspunkten, die für alle gelten müssen.

Es wäre sicher verdienstvoll, wenn Sie sich schon so viel Zeit nehmen, um so Seiten für die politische Arbeit zu schreiben und das auch noch mit Kosten verbreiten, das Sie dann in kurzen Sätzen, die nun auch lesen kann, ein Konzept für eine bessere Kommunikation entwerfen, das man dann auch diskutieren kann. Ihre 4o Seiten kann man nicht diskutieren, ohne sich zu verlieren,
Bitte, nehmen Sie mir das alles nicht übel, ich würde es bedauern, wenn Ihre Resignation Überhand
nehmen würde.

Mit, freundlichen Grüßen und den besten
Wünschen für das.neue Jahr

…

1. 2. 2024: Die Kritik an meinen langen Sätzen und langen Text ist berechtigt.
2. Die Probleme von Parteimitgliedern (allgemein) werden auch bestätigt.

DR. JUR. ... … 17.2.1975
GESCHÄFTSFÜHRER ...
…
…

Herrn
Tristan Adomeit (Abromeit TA .1.2.2024)
3071 Mardorf Dreckweg 4

Sehr geehrter Herr Adomeit!
Ihr zweites Rundschreiben habe ich in diesen Tagen erhalten. Schon auf das erste Rundschreiben wollte ich Ihnen antworten, aber Sie wissen wie das ist, man findet dann nicht die notwendige Zeit.

Ich möchte Ihnen auch heute nur kurz mitteilen, daß Sie nicht alle Gedanken alleine stehen. Andererseits sind Ihre Gedanken so „revolutionär", daß man einfach nicht erwarten kann, daß sie von heute auf morgen in das allgemeine Bewußtsein, auch einer FDP, eindringen werden. Geben Sie deswegen bitte nicht auf.

Ich hoffe, daß sich bei einer der nächsten Sitzungen des Landesfachausschusses für Wirtschaftspolitik Gelegenheit zu einem Gespräch ergibt. Allerdings kann ich leider an der nächsten Sitzung (am 1. März) nicht teilnehmen.

Die wichtigste Frage erscheint mir: Kann die FAN für das neue Bildungsurlaubsgesetz anerkannt werden?

Der beiliegende Scheck soll ein Kostenbeitrag für den Druck und Versand Ihres Rundschreibens sein.

Für heute verbleibe ich
mit freundlichen Grüßen

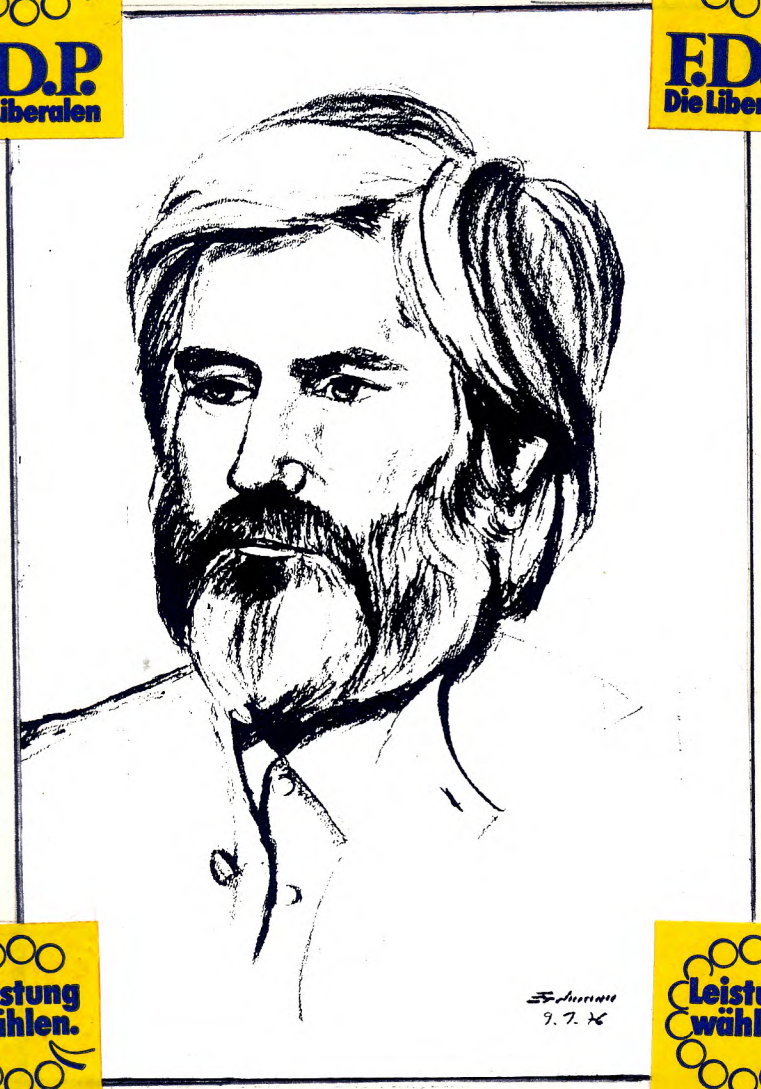
(Dr. ...)
Mitglied der FDP, Ortsverband Münden
Mitglied des Kreisvorstandes des Kreisverbands Göttingen-Land

Anlage (50 DM)

Abschrift und NS vom 1. 2. 24
Ein Einen Kostenbeitrag, war ein seltenes Ereignis.
In Wunstorf hatte ich einen Parteifreund, der hin und wieder die Druckkosten übernommen hat.

STADTRATS- und ORTSRATS-WAHL Versprechen können Parteien und Kandidaten vor der Wahl vieles. Halten können sie ihre Versprechungen selten. Das liegt nicht am schlechten Charakter der Volksvertreter, sondern an den sogenannten Sachzwängen, z.B. Finanznot und Kompetenzbegrenzung. Die neue Stadt Neustadt soll trotz der Sogwirkung der Großstadt Hannover und trotz des Landkreischarakters ein Siedlungsgebilde werden, in dem man sich wohlfühlen kann. Dafür müssen die früher selbständigen Orte einerseits ihren Eigencharakter bewahren können, aber andererseits besser in die Kernstadt integriert werden (z.B. Verkehrs- und Telefon-Netz). Die Planungsunterlagen sollten den Bürgern leichter zugänglich gemacht werden, die Sitzungen der Ortsräte besser und früher angekündigt werden. Wenn die Ortsräte auch nicht viel Mitwirkungsmöglichkeit erhalten haben, so sollten sie sich doch als Anwälte ihres Ortes verstehen. Für alles das werde ich mich mit der FDP einsetzen.

Leistung wählen. F.D.P. Die Liberalen



Verehrte Mardorfer, Schneerener und Eilveser!
Am 3.Oktober haben wir die Mitglieder von fünf Parlamenten zu wählen. Fünf Stimmzettel sind für den Wähler schon fast eine Zumutung, aber auch eine Chance, die Parteien und deren Kandidaten differenziert zu bewerten. Wichtig ist dabei: Nur auf dem weißen Stimmzettel für die Bundestagswahl können Sie zwei Kreuze machen! (Erst- und Zweitstimme).--- Auf allen anderen Stimmzetteln können Sie nur ein Kreuz machen, und zwar entweder für eine Partei oder für einen bestimmten Kandidaten einer Partei. Ihr Kreuz auf der FDP-Liste ist für meine Partei und mich eine Verpflichtung!

Ihr Kandidat für den Stadt- und Ortsrat
Tristan Abromeit (grad.Volkswirt)

WAHL von KREISTAG und VERBANDSVERSAMMLUNG Die Gebietsreform hat uns ein Monstrum von Landkreis beschert. Wenn es nicht gelingt, wache und einsatzfreudige Kandidaten(innen) in den Kreistag zu wählen, wird aus der versprochenen Bürgernähe eine Bürgernferne. Der Landkreis darf nicht zu einer Außenbezirksabteilung der Großstadt Hannover werden. Der Großraumverband ist zwar nach meiner Einsicht durch die Gebietsreform überflüssig geworden und sollte aufgelöst werden. Solange er jedoch besteht, ist es notwendig, daß die Liberalen auch dort ihre Korrekturfunktion ausüben. Dafür werde ich mich mit der FDP einsetzen.

BUNDESTAGSWAHL + Trost und Zuspruch für die Unentschlossenen und Unzufriedenen+

Der Wahlk(r)ampf 1976 läuft. Der Wähler fragt sich: "Wen soll ich wählen?" "Welche Partei wird gewinnen?" "Uns" und "Wir" werden Sie von jeder Partei zu hören bekommen. Nehmen Sie es von der sportlichen Seite! Spätestens nach der Auszählung der Stimmen werden Sie wissen, wer im Bundestag mitreden und wer mitregieren darf. Es gibt viele Gründe, die bisherigen Bundestagsparteien nicht mehr zu wählen. Es gibt aber noch mehr Gründe, die FDP-Fraktion zu stärken. Es gilt nicht nur, die Alleinherrschaft einer Partei zu verhindern, sondern auch die FDP als Sprachrohr für Bürgerinitiativen und Minderheiten zu erhalten. Gerade die FDP muß nämlich, wenn sie ihre eigene Existenz nicht gefährden soll, viel schneller auf Kritik aus der Bürgerschaft reagieren als die CDU und die SPD. Das ist Ihre Chance, und zwar erst recht, wenn Sie Ihren Willen durch die Mitgliedschaft in der FDP noch stärker zum Ausdruck bringen.

Bitte wenden!

Fortsetzung :

Da wenige Prozente der Wählerstimmen über den Verbleib oder Wechsel der Regierung entscheiden, wird von allen Parteien versucht, die Wählerreserven zu mobilisieren. Lassen Sie sich aber nicht von dem Schlagwort "Wahlpflicht" breitschlagen! Auch die Nicht-Wahl, bzw. Stimmenthaltung ist Ihr Recht, für das ich mich mit meinen Parteifreunden einsetze.

"Freiheit oder Sozialismus", das ist der Schlachtruf der CDU/CSU in diesem Wahlkampf. Die CDU hat ihre Zeit in der Opposition nicht genutzt, um darüber nachzudenken, was denn eigentlich mit "Sozialismus" gemeint ist und wie wohl mehr an Freiheit zu verwirklichen ist. Haben Sie etwa von einem Mitglied der CDU/CSU jemals eine einleuchtende Erklärung dafür gehört, warum so viele engagierte und geistig wache Mitbürger sich für den Sozialismus begeistern? Der Grund dafür kann doch nicht nur Blindheit oder Dummheit der Mitbürger sein oder gar Böswilligkeit.

Es ist doch eine staatsbürgerliche Pflicht und ein Akt der Selbsterhaltung, auf Ungerechtigkeiten und Mängel in der Gesellschaftsordnung hinzuweisen. Und wenn gerade Lehrer auf eine Änderung der Zustände hinwirken, so können wir darüber froh sein; denn nichts verdirbt junge Menschen so sehr wie geistige Lauheit der Erzieher.

Betrübt können wir darüber sein, daß den reformwilligen und einsatzbereiten Mitbürgern kein freiheitliches Gegenmodell zum Marxismus aufgezeigt wird. Hier liegen die Versäumnisse der CDU (auch der FDP und SPD). Fragen Sie doch Vertreter der CDU, wie sie u.a. Folgendes erreichen wollen:

- -Vollbeschäftigung ohne fortwährende Eingriffe des Staates
- -Stabile Währung ohne Gängelung der Bürger und ohne massenweise Konkurse von Unternehmen
- -Landwirtschaft ohne Almosenempfänger
- -Gründung freier Existenzen für durchschnittlich begabte und betuchte Handwerker, Kaufleute und Künstler
- -Stop der Machtzusammenballung in der Wirtschaft
- -Begründung eines freiheitlichen und selbstverantworteten Netzes der Sozialvorsorge
- -Schaffung eines Schulwesens, das <u>nicht</u> fortwährend die Eltern, Kinder und Lehrer gängelt und für das Leben untüchtig macht.

Ich habe "die Väter " der Sozialen Marktwirtschaft, die CDU-Politiker und Professoren Ludwig Erhard und Müller-Armack in der Ev. Akademie Loccum danach befragt. Eine Antwort darauf habe ich von ihnen und auch von anderen CDU-Politikern nicht bekommen.

Die CDU hat ihre Zeit in der Opposition mit Nörgeleien vertan, statt darüber nachzusinnen, was sie in den fünfziger und sechziger Jahren versäumt hatte. Sie gehört daher für eine weitere Legislaturperiode auf die Oppositionsbank. Die CDU muß ihre Lektion nachholen.

Die Mitglieder der SPD in ihrer Gesamtheit sind genauso gute und genauso schlechte Marktwirtschaftler wie die der CDU (und auch der FDP).

Sicher ist es so, daß in der SPD ein größerer Teil der Mitglieder sich enttäuscht von dem abgewandt hat, was als "Soziale Marktwirtschaft" praktiziert wurde und wird. Diese Abwendung von dem, was ist, kann den Jungsozialisten nicht übelgenommen werden. Bedenklich ist aber: Bisher wurde nicht erkannt, daß die marktwirtschaftliche Ordnung eine Bedingung für die Freiheit des Einzelnen und der Gruppen ist.

Statt nach den Störungsursachen des jetzigen Systems zu suchen, wollen die marxistischen Sozialisten in der SPD das eine Übel eintauschen gegen das größere Übel der Zentralverwaltungswirtschaft.

Die Marktwirtschaft als Mittel zur Befreiung der Arbeitnehmer und der Unternehmer (nicht der Kapitalisten) bleibt ungenutzt. Die marktwirtschaftlich orientierte Mehrheit in der SPD wird wohl noch eine Weile benötigen, bis sie begreift, daß gesellschaftliche Probleme nur dann durch Staatseingriffe behoben werden können, wenn die Maßnahmen an den Wurzeln angesetzt werden und strikt auf die Grundlagenregelung begrenzt werden.

Die Freiheit geht nicht unter, wenn die CDU/CSU in Bonn in der Opposition bleibt.

Das Paradies werden wir auch noch nicht erleben, wenn die SPD/FDP-Koalition in Bonn weiterregieren kann.

Sollten Sie zu jenen Wählern gehören, die vom Zweifel über die richtige Stimmabgabe geplagt werden, dann wählen Sie die Partei, die ihren Mitgliedern keinen Maulkorb umhängt!

Wählen Sie die F.D.P. als die Partei, die den Weg zur Freiheit am weitesten ausgekundschaftet hat!

Geben Sie der F.D.P. eine weitere Chance, mit einer starken Fraktion im Bundestag für Freiheit und Soziale Gerechtigkeit zu kämpfen!

Leistung wählen.

Leistung wählen.

Leistung wählen.

Denk-Zettel zur Energiepolitik

Erstellt im September 1977

für den Landesfachausschuß Wirtschaft der niedersächsischen F.D.P.

von

Tristan Abromeit

1 Die Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen nicht in einem Mangel an Energie oder in einer zu teuren Energie.

2 Die Ursache für die Unterbeschäftigung der westlichen Volkswirtschaften ist die mangelnde Rentabilität des Kapitals (Kapitalismuskrise).

3 Die mangelnde Rentabilität als wesentlichster Bestandteil der Stagflation verursacht Zirkulationsstörungen des Geldes (Nachfrageausfall).

4 Diese Kapitalismuskrise, die immer wieder nach einer Periode der Vollbeschäftigung bei wachsender Realkapitalbildung eintritt und Marktwirtschaft unmöglich macht, kann mit keinem Energieprogramm behoben werden.

5 Arbeitslosigkeit kann durch Wirtschaftswachstum nur dann behoben werden, wenn alle Einkommen als Nachfrage wirksam werden.

6 Wenn aber die Nachfrage im Volumen dem Einkommen gleicht, dann haben wir auch ohne Wachstum Vollbeschäftigung.

7 Aus ökonomischer Sicht gibt es keinen Grund für Atomenergie- und Rüstungsprogramme zur Erreichung der Vollbeschäftigung, wenn für eine ständige Zirkulation des Geldes gesorgt wird.

8 Prinzipiell ist auch eine Vollbeschäftigung bei Kerzenlicht möglich.

9 Der Ökonom hat den Wirtschaftspolitikern solche Art Konjunkturinstrumente anzubieten, die im Gegensatz zu der Atomenergie und den Rüstungsverkäufen ein Minimum an Risiko in sich tragen.

10 Die Gesellschaft muß ohne ökonomischen Druck zwischen Null-, qualitativem und quantitativem Wachstum entscheiden können.

11 Bei allgemein niedriger Rentabilität des Kapitals sucht Kapital nur dann in der Atomenergieerzeugung eine Anlage, wenn durch Subventionen hier die Rendite überdurchschnittlich ist. Es ist also (auch hier) zu fragen: Wer wird durch staatliche Programme in diesem Sektor bereichert und wer wird entreichert?

12 In der marktwirtschaftlichen Ordnung haben staatliche Wirtschaftsförderungsprogramme nur

dann einen Sinn, wenn sie die Marktkräfte, d.h. den Wettbewerb entfalten, was von der Mehrzahl der Programme nicht gesagt werden kann.

13 Ein liberales Energieprogramm müßte also erst einmal einen Energiemarkt ermöglichen. Das bedeutet eine Umkehrung der Konzentration der Energiehersteller und Verteiler. Stadtwerke müßten gleichzeitig oder zu verschiedenen Zeiten von verschiedenen Stromerzeugern Strom abnehmen können. Windkraftwerke z.b. müßten ohne große Schwierigkeiten auf vertraglicher Basis Strom in die Verteilernetze geben können.

14 Preise habe in der Marktwirtschaft eine zentrale Lenkungsfunktion. Eine illiberale zentrale staatliche Lenkung kann auch eingeführt werden, wenn (Strom-)Preise staatlich festgesetzt werden. Das gilt auch für Eingriffe in die betriebswirtschaftlich begründete differenzierte Gestaltung der Abnehmerpreise (Kartellabsprachen oder Preisdiktate ausgenommen).

15 Es ist unlogisch, die Volkswirtschaft der BRD von den erpresserischen (?) Preisen der Ölförderländer dadurch unabhängig machen zu wollen, indem man sich den Uranlieferanten (Oligopolisten) ausliefert. Die Geschichte mit den Petroleumlampen aus Omas Zeiten, die verschenkt wurden, um die Menschen durch Energieumstellung von den Petroleumlieferanten ab hängig zu machen, sollte noch nicht vergessen sein.

16 Eine Volkswirtschaft wird nur dann energierohstoffunabhängig, wenn sie Energien erschließt, die ihr auf dem eigenen Territorium in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

17 Da Rohstoffe wie Erdöl, Kohle, Erdgas und Uran in den einzelnen Volkwirtschaften unterschiedlich stark (in manchen gar nicht) vorkommen, sind sie auch eine der bedeutendsten Ursachen für die internationalen Spannungen (was auch von den anderen Rohstoffen gesagt werden kann). Es ist eine Illusion zu glauben, diese Spannungen in der Zukunft durch pathetische Worte oder durch militärische Stärke neutralisieren zu können.

18 Wenn wir unkontrollierte Entladungen vermeiden und den internationalen chancengleichen Wettbewerb ermöglichen wollen, dann kommen wir nicht umhin, den Förderzins für Öl, Gas, Uran und andere Rohstoffe nach Abzug nationaler Kosten zu internationalisieren, d.h. Erdöl, Kohle etc. gehört nicht nur den Arabern, Amerikanern, Deutschen usw. sondern allen Menschen. Hier ist eine der wenigen Fälle, wo es eine ökonomisch gerechtfertigte Einkommens-Umverteilung geben könnte. Die EWG, die freie Welt, die ganze Welt hätten hier eine Möglichkeit für einen sinnvollen Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern.

(Abschrift, 1.Februar 2024TA)

Tristan Abromeit Weißdornweg k
Mardorf
3057 Neustadt 1

7.7. 1978

F.D.P.
Ortsverband Neustadt

Sehr verehrte Freunde,

am Donnerstag, den 29. Juli 1978 habe ich in der Kreisversammlung der F.D.P. Hannover-Land in Hannover meinen Austritt aus der F.D.P. erklärt.

Mein Austritt aus der F.D.P. hat wenig mit unserer Arbeit im Ortsverband Neustadt zu tun, gar nichts mit der Wahlniederlage am 4. 6., aber viel mit den Ursachen für die Wahlniederlage, wobei ich die Koalitionsfrage für nebensächlich halte.

Die F.D.P. muß sich an ihrem Anspruch, eine liberale Partei zu sein, messen lassen. Die Wirklichkeit stellt sich für mich so da, daß die F.D.P.- Prominenz auf Landes- und Bundesebene den Wählern und Mitgliedern die Spreu statt den Weizen als Liberalität verkauft.

Mein Anliegen war es, den Weizen zu beschreiben. Nach neun Jahren Mitgliedschaft in der FDP habe ich vor der innerparteilichen Informationsfeindlichkeit kapituliert. Ich sehe auch für die nächste Zukunft keine bessere Wirkungsmöglichkeit in der F.D.P.. Wenn die F.D.P. noch eine positive Entwicklung nehmen soll, so braucht sie m.E. noch einige Wahlniederlagen.

Ich werde zwischenzeitlich versuchen,liberale Positionen in der GLU zu vertreten.

Ich hoffe, daß zwischen Ihnen und mir ein freundschaftlicher Kontakt bestehen bleibt.

Mit freundschaftlichen Grüßen

Tristan Abromeit

N.S. Mein Beitragskonto ist m.W. Ausgeglichen.

((Abschrift 1. 2. 2024))

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt
abromeit@t-online.de
www.tristan-abromeit.de

Einschreiben
An die Fraktion
der Freien Demokratischen Partei
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

7. November 2017

„Deutschlands und Europas Weg …“
Denkschrift für die Abgeordneten des 19. Deutschen Bundestages in 3 Teilen
Ein Ergebnis von meinem „Denken ohne Geländer“ (Hannah Arendt)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich hoffe, dass Sie sich nach Ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag inzwischen im normalen Arbeitsmodus eingefunden haben und dadurch überhaupt Post zur Kenntnis nehmen können, die nicht zum Tagesgeschäft gehört.

Ich habe mich in meinem dreiteiligen Text, den ich den MdBs offeriere, bemüht, den Mitgliedern des Bundestages meinen Respekt und meine Empathie auszudrücken und gleichzeitig zu sagen, dass der Bundestag, die Bundesregierung und auch das Bundesverfassungsgericht seit der Vereinigung der beiden deutschen Republiken sich im Status der Verfassungs- und Demokratiefeinde befinden.

Weiter hat der Bundestag seit seinem Bestehen eine Ökonomie verhindert, die wirklich eine Wiedergutmachung für die Welt, die unter Deutschland gelitten hat, gewesen wäre.

Gesagt und gelehrt wird auch immer noch, dass das Elend der Deutschen und mit den Deutschen mit Hitler begonnen hat, dabei ist eindeutig überprüfbar, dass die ökonomische Blindheit der Demokraten in der Weimarer Republik Hitler den Weg zur Macht und den Bürgern den Weg ins Verderben geebnet hat. Und ich sehe die Gefahr, dass der Bundestag (unter anderen Umständen) das Versagen des Reichstages vor Hitler wiederholt.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist, dass Europa daran scheitern wird, weil der kritisierte EU-Politikstil sich aus den Politikstilen der Mitgliedsländer speist. Auch die Bundesregierung und der Bundestag sind schon lange auf dem Weg in eine zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnung, der den Verlust an Freiheit der Bürger in Kauf nimmt, ohne ihnen die ökonomische Gerechtigkeit und -sicherheit dafür zu erwirken.

Ich bin nicht in der Lage, die Texte - noch die Links dazu - allen Mitgliedern des Bundestages zukommen zu lassen. Ich sende daher jeder Fraktion nur die Thesen (Es ist der kürzeste Text.) und die Links zu allen 3 Texten die unter www.tristan-abromeit.de einzusehen sind. Bitte weisen Sie den Mitgliedern ihrer Fraktion auf meine Klage über die gegenwärtige und auf meine Hoffnung auf die künftige Politik hin. Das Wort Hoffnung müsste ich eigentlich in Anführungs- und Schlussstriche setzen, denn alle Berichte aus Berlin von vor und nach der Wahl konnte ich bisher nichts entnehmen, das die Hoffnung auf eine Wende in der Politik nährt.

Ein gleichlautendes Schreiben geht an alle Fraktionen, obwohl mir ein Korrespondenzpartner schrieb, das hätte doch keinen Sinn, der politische Apparat könne doch nur noch auf Druck reagieren und das mündliche oder geschriebene Wort eines Bürgers hätte dabei kein Gewicht. Ich sehe hinter dem „politischen Apparat“ oder der „politischen Klasse“ noch immer einzelne Menschen, die sich in der großen Mehrheit bemühen, den vielen Anforderungen an die jeweils eigene Person gerecht zu werden. In diesem Sinne verbleibe ich
mit freundlichen Grüßen

Anhang: Text 150.2 „Thesen zu unserer politischen und ökonomischen Lage als Kernaussagen von Text 150 und 150.1.

Links:

Deutschlands und Europas Weg in ein neues Tal der Tränen oder zu einem gemeinsamen Hoch der Entwicklung

Denkschrift für die Abgeordneten des 19. Deutschen Bundestages

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/150.Deutschlands%20und%20Eurpas%20Weg.TA.Oktober%202017.pdf

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/150.1.Deutschlands.und.Europas.Weg.Kritik.und.mehr.pdf

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/150.2.Thesen.zum.Weg.Deutschlands.und.Europa.pdf

Tristan Abromeit

Neustadt a. Rbge.
www.tristan-abromeit.de

abromeit@t-online.de

Die ersten vier Dateien auf meiner Internetseite

sind im Zusammenhang mit der F.D.P. entstanden.

Tristan Abromeit

1. 2. 2024

1.1 **Arbeitslosigkeit** (61 Seiten, 334 KB)
Ursachen - Wirkungen - Lösungen
und ein Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung
Ein ordnungspolitischer Beitrag - Ende 1977

1.2 **PLÄDOYER** (11 Seiten, 162 KB)
für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD
im allgemeinen und in der FDP im besonderen - *Februar 1978*

1.3 **Franz Josef Degenhardt** (Zeitungsartikel, 568 KB)
"Zu Gast in Hannover: Der Fundamentalist"
HAZ vom 1. 2. 1991 / Ergänzung bzw. Bezug zu Text 1.2

1.4 **Offener Brief zum Parteiprogramm der FDP**, September 1971 (14 Seiten, 120 KB)